68. Jahrgang. № 342

Dienstag, 11. Dezember 1923

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 5./12. bis 14./12. 1,1 Billion M. Einzelnummer 200 Milliarden M.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Unverb. Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Verschiebung der englischen Regierungskrise

Baldwin bleibt zunächst im Amt — Wachsende Abneigung gegen eine Koalitionsregierung — Das Reichskabinett genehmigt den Entwurf über die Beamtengehälter — Nachzahlung auf die Umsatzsteuer — Verhandlungen der Zentralarbeitsgemeinschaft.

Vorläufig kein Rücktritt Baldwins?

London, 10. Dez. Baldwin hat heute vormittag mit dem König konferiert. Er hat dem König seine Demission nicht überreicht. Es wird angenommen, daß das Kabinett Baldwin bis zur Eröffnung des Parlaments, die auf den 8. Januar festgesetzt ist, im Amte bleiben wolle.

Die Audienz des Ministerpräsidenten Baldwin beim König dauerte vierzig Minuten. Unter den zahlreichen Persönlichkeiten, die heute vorsprachen, befanden sich Lord Curzon, der Unterstaatssekretär des Aeußeren Mc. Neill, Reville Chamberlain und Worthington Evans. Reuter meldet, daß die Frage des Rücktritts Baldwins bisher nicht aufgeworfen worden sei. Den Blättern zufolge verlautet von maßgebender Seite, daß Ramsey Macdonald eine Regierung bilden würde, wenn er dazu aufgefordert werden würde, daß jedoch die Möglichkeit einer Koalition mit den Liberalen ausgeschlossen sei.

Austin Chamberlain erklärte in einer Unterredung mit dem Vertreter des „Evening Standard", es würde ein großer Fehler sein, die Lösung der Krisis bis Mitte Januar hinauszuschieben. (W. T. B.)

London, 10. Dez. Zahlreiche konservative Staatsmänner haben heute mit Baldwin Besprechungen gehabt. Wenn auch bisher keine endgültige Lösung der politischen Krise erreicht wurde, wird in konservativen Kreisen die Ansicht allgemeiner, daß die Regierung vorläufig im Amte bleibe, bis das Parlament zusammentritt, und daß dann vielleicht ein modus vivendi erreicht werden würde. (W. T. B.)

Eine Arbeiterregierung?

London, 10. Dez. Die „Westminster Gazette" sagt, die Liberale Partei beherrsche die politische Bühne. Keine Regierung, die gebildet werde, könne die Geschäfte ohne ihre Unterstützung führen. Das liberale Blatt nimmt an, daß Macdonald versuchen werde, eine Regierung zu bilden. Es sei seine Pflicht, diese Aufgabe zu versuchen. Die „Daily Chronicle", das Lloyd-George-Organ, schreibt, wenn der König keinen konservativen Premierminister finde, so müsse er sich an die Arbeiterpartei wenden. Die „Daily News" meinen, daß die Majorität zur Erzielung von Reformen ausgenützt werde. Das Arbeiterblatt „Daily Herald" führt in einem „Weshalb nicht eine Arbeiterregierung?" überschriebenen Leitartikel aus es werde besser sein, wenn die Arbeiterpartei erkläre: Wir wollen die Regierung übernehmen. Wir sind die einzige Partei, die eine Arbeitslosenpolitik hat. Wir wollen das Amt übernehmen. Wenn die Zeit für den Appell an das Land kommt werden wir zeigen, was wir für das Gute des Volkes versucht haben. (W. T. B.)

Macdonald wird zur Uebernahme der Regierung gedrängt.

London, 10. Dez. Nachdem am Sonntag Asquith und Lloyd George zahlreiche Konferenzen liberaler Führer leiteten, veröffentlicht heute die „Westminster Gazette" einen Offenen Brief des Lord Buckmasters, der offenbar dazu bestimmt ist, einen gewissen Eindruck auf den König auszuüben, sich nicht noch einmal auf ein Koalitionskabinett einzulassen, und zugleich **der gemäßigten Gruppe der Arbeiterpartei Mut zu machen, die Regierung zu übernehmen.** Das Schreiben spricht die Hoffnung aus, daß die konservative Partei den Anstand haben werde, sofort zu demissionieren, und daß Macdonald den Mut haben werde, die Regierungsbildung zu übernehmen. **Er könne der Unterstützung der Liberalen sicher sein, wenn er sich darauf beschränken wolle, folgende große gesetzgeberische Aufgaben durchzuführen, die mindestens zwei Jahre in Anspruch nehmen würden:**

1. Große öffentliche Arbeiten, insbesondere Kanalbauten, um die produktive Arbeitslosenfürsorge durchzuführen;
2. Verstaatlichung des Kredites und des Betriebes der Bergwerke;
3. eine großzügige Wohnungsbaupolitik;
4. Reform der Arbeiterschutzgesetzgebung;
5. eine versöhnliche Außenpolitik, die im Interesse einer Stabilisierung des Weltfriedens von den internationalen Organisationen der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften der ganzen Welt Gebrauch macht.

Die Bedeutung dieses Angebotes an die Arbeiterpartei werde unterstrichen durch die Erklärung aller drei großen liberalen Zeitungen, wonach die liberale Partei den sofortigen Rücktritt des konservativen Kabinetts fordert.

Paris, 10. Dez. In einer Unterredung mit einem französischen Zeitungsvertreter erklärte der Führer der englischen Arbeiterpartei, Macdonald, u. a.: **Meine Partei ist mit der Ruhrpolitik der Franzosen nicht einverstanden.** Wir glauben, daß diese Politik den Interessen der Arbeiter schadet. Wenn unsere Partei zur Regierung kommen sollte, wird sie von Frankreich verlangen, daß auf die wirtschaftliche Lage Englands mehr Rücksicht genommen werden muß. Für meine Partei ist und bleibt die **Ruhrpolitik völlig unannehmbar.**

Ein ergänzendes Wahlergebnis.

London, 10. Dez. Reuter meldet: Bei der Parlamentswahl der Londoner Universität wurde der Physiker Russell-Wells mit 4037 Stimmen gewählt, der Historiker Pollard erhielt 2599, der berühmte Schriftsteller Wells 1490 Stimmen. **Der Stand der Parteien ist zurzeit: Konservative 258, Arbeiterpartei 189, Liberale 157, Unabhängige 8.** (W. T. B.)

Die Goldmiete.

Das Kabinett Marx scheint die ihm vom Reichstag zugesprochene Ermächtigung zu Ausnahmeverordnungen schnellstens nutzen zu wollen. Bereits vierundzwanzig Stunden nach seinem ersten mühsam genug erkämpften parlamentarischen Erfolg wußte eine Berliner Korrespondenz davon zu melden, daß es in den allernächsten Tagen mit einer das immer noch in den Banden der Zwangswirtschaft dahinschmachtende Wohnungs- und Mietwesen grundlegend beeinflussenden Verordnung über Einführung des Goldmietzinses hervortreten werde. Man wird diese Handlungsfreudigkeit der neuen Regierung nur aufs wärmste begrüßen können, besonders, wenn gehofft werden darf, daß unter der Schnelligkeit der Entschließungen die Treffsicherheit der geplanten Maßnahmen nicht zu leiden braucht. Und man darf weiterhin mit Genugtuung feststellen, daß das Kabinett Marx die Ueberwindung des innerdeutschen Elends an einem Punkte in Angriff zu nehmen gedenkt, an dem frühere Regierungen sich nur immer vorsichtig vorbeibewegt haben, obwohl eine tatkräftige Behandlung der Krankheitserscheinungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens von jeher als allgemein wohltuend empfunden worden wäre und nicht unwesentlich die innere Entspannung gefördert hätte. Verhält es sich doch so, daß alle Bemühungen, die aus tausend Gründen erhitzten Gemüter, vor allem der städtischen Bevölkerung zu befrieden, so lange Stückwerk bleiben mußten und müssen, als jene Summe von Reibungsmöglichkeiten, die nun einmal eine notwendige Begleiterscheinung der Zwangsverhältnisse auf dem Wohnungsmarkte sind, Bestand hat.

Wer einen auf praktische Erfahrungen sich stützenden Begriff von der Erbitterung hat, die die Mieterschaft von den Vermietern und Hauseigentümern trennt, wird nicht behaupten, daß diese Feststellung eine Uebertreibung enthielte. Wir wohnen heute nicht mehr, wie in Vorkriegszeiten, schiedlich und friedlich beieinander. Die naturnotwendig stark auf gegenseitiges Wohlwollen, auf gute persönliche Beziehungen angewiesenen Kategorien der Mieter und Vermieter sind durch die Schaffung und fortschreitende Entwicklung eines wahren Systems von Mietzwangsvorschriften noch weiter auseinandergetrieben worden, als Stadtbevölkerung und Bauernschaft, zwischen denen ja auch ein unheilvoller, auf die Zwangsbestimmungen der Kriegs- und Nachkriegszeit zurückgehender Zwiespalt herrscht oder wenigstens bis in die letzten Wochen hinein geherrscht hat. Ein kaum noch zu überbietendes Mißtrauen, ein gegenseitiges Beschnüffeln und Verdächtigen macht beinahe allen, die das Unglück hatten, in die Mietzwangswirtschaft hineingerissen zu werden, das Leben zur Last. Der Hausinhaber flieht den Mieter oder den Mieterrat, und der Mieterrat läßt sich nicht selten bei seinen Dispositionen von Gott weiß was für Gesichtspunkten, auch politischen, nur nicht von solchen leiten, deren oberstes Ziel es wäre, ein friedliches Beisammenwohnen zu ermöglichen. Und beinahe ebenso unersprießlich sind die Auswirkungen der Wohnungszwangswirtschaft auf die allgemeine Kalkulation geworden. Solange ein so wichtiger Faktor jeder Preisberechnung, wie die Mietzinsbildung, der gesunden Entwicklung entrückt bleibt, kann von der Rückkehr einer ehrlichen und klaren Kalkulation in der Gesamtwirtschaft gar keine Rede sein. Der Geschäftsmann, dem die niedrige Miete bei seiner Preisstellung dauernd vorgehalten wurde, hatte davon, wenn er gleichzeitig Grundstückseigentümer war, nur einen Scheinvorteil, weil er auf der anderen Seite fortlaufend erhebliche Summen an seinen Mieteinnahmen einbüßte. Der Lohn- oder Gehaltsempfänger, dessen Bezüge einheitlich unter Berücksichtigung der niedrigen Mieten festgesetzt wurden, hatte davon in einer nicht zu unterschätzenden Anzahl von Fällen ebensowenig Genuß, weil er vielleicht als Opfer des Wohnungsmangels in überteuerter Untermiete zu hausen genötigt war. Und Staat und Gemeinden mußten Tausende von Beamten und Angestellten, die sie anderwärts sehr wohl hätten brauchen können, zum unproduktiven Dienst der Regelung unerquicklicher und kostspieliger Wohnungsstreitigkeiten verfügbar halten, durch die die öffentlichen Budgets außerordentlich belastet wurden.

Es ist also allerhöchste Zeit geworden, daß diese Fülle von Unzuträglichkeiten, unter denen in der einen oder anderen Form die gesamte deutsche Bevölkerung zu leiden hat, endlich aus der Welt geschafft wird. Die zu erwartende Reichsausnahmeverordnung scheint dieser gebieterischen Notwendigkeit Rechnung tragen zu wollen und sie scheint — das ist das Wichtigste an ihr — die Sache auch am richtigen Ende aufzunehmen; sie will eine schrittweise Steigerung der Mieten bis zur Höhe der Vorkriegsgoldmieten herbeiführen und sie will durch diese Maßnahmen die Wiederbelebung des Baumarktes fördern. Freilich ganz rein bleibt die Freude, die man angesichts dieser löblichen Ziele empfinden muß, nicht, wenn man den Weg näher betrachtet, den die Verordnung bzw. die Regierung zu gehen gedenkt. Hätte die Steigerung der Mieten lediglich den Sinn, den in der Vergangenheit maßlos geschädigten Stand der Hausbesitzer zu neuer Bautätigkeit anzuregen, den Wohnungsmangel und alle seine Auswüchse zu beseitigen, dem Staat die Ersparnis gewichtiger

Die Beamtengehaltsvorlage im Reichskabinett genehmigt.

Eine Kabinettssitzung.

Berlin, 10. Dez. Das Reichskabinett genehmigte in seiner heutigen Sitzung die Neuregelung der Beamtenbesoldung und befaßte sich mit einer Reihe kleinerer Vorlagen. (W. T. B.)

Verhandlungen über die Arbeitszeit der Beamten.

Berlin, 10. Dez. Heute vormittag wurden im Reichsministerium des Innern die Besprechungen über die Arbeitszeit der Beamten zwischen Vertretern der Reichsregierung und der Beamtenorganisationen fortgesetzt. Laut „Germania" ist die Regierung anscheinend geneigt, den Beamten einiges Entgegenkommen zu zeigen, halte aber an der Heraufsetzung der Arbeitszeit unbedingt fest. Die Verlängerung der Dienststunden soll zunächst für eine Frist von drei Jahren festgesetzt werden, ohne daß jedoch eine Bindung dahin eingegangen wird, nach Ablauf dieser Frist das Abkommen nicht weiter zu verlängern. **In Berlin und Hamburg soll die ungeteilte neunstündige Arbeitszeit durchgeführt werden,** weil es den Beamten infolge der größeren Entfernungen kaum möglich sein würde, die Dienstzeit in zwei Abschnitten zu absolvieren. **Sonst aber soll im ganzen Reiche die Arbeitszeit geteilt werden, und zwar in der Weise, daß am Vormittag fünf und am Nachmittag vier Stunden Dienst geleistet wird.** Die Beamtenorganisationen ständen dieser Diensteinteilung ablehnend gegenüber.

Konfliktstimmung in der Beamtenschaft.

Berlin, 10. Dez. Nach dem Verlauf der Verhandlungen, die heute zwischen der Regierung und den Beamtenorganisationen stattfanden, scheint sich eine Verschärfung der durch den Ausgang der Gehaltsregelung ohnehin sehr reizbar gewordenen Beamtenschaft in ihrem Verhältnis zu den maßgebenden Regierungsstellen anzuzeigen. Gegenüber dem Standpunkt der Regierung in der Frage der Arbeitszeit äußerten die Beamtenvertreter die Ansicht, daß man in Beamtenkreisen allgemein wohl mit einer erhöhten Arbeitsleistung einverstanden sei, jedoch sei es in der vorliegenden Form den Gewerkschaften nicht möglich, die Arbeitszeitverordnung ihren Mitgliedern zur Annahme zu empfehlen. Die Teilung der Dienststunden sei für weite Kreise der Beamtenschaft undurchführbar. Die Verhandlungen wurden schließlich ergebnislos abgebrochen, und es wird damit zu rechnen sein, daß im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes die Erhöhung der Arbeitszeit der Beamten zur Durchführung kommt. Im übrigen scheint es, als ob bei der Regelung der Beamtengehälter sich doch noch ernsthafte Widerstände ergeben werden. Wie zuverlässig verlautet, haben sich maßgebende Kreise des Auswärtigen Amtes in einem Schreiben an den Reichsfinanzminister mit aller Entschiedenheit gegen die neue Gehaltsregelung gewendet und vor den Gefahren gewarnt, die sich aus diesem Abkommen ergeben könnten. Aber auch innerhalb der anderen Beamtenschaft herrscht über die schwebenden Fragen eine sehr erhebliche Erregung. Die Vorstände der großen Beamtenorganisationen haben erregte Protesttelegramme ihrer Mitglieder im Reiche erhalten, in denen schärfster Protest gegen die Maßnahmen der Regierung erhoben wird und in denen weiter die Organisationsleiter zum sofortigen Rücktritt aufgefordert werden, weil sie die Interessen der Beamtenschaft nicht in dem genügenden Maße vertreten hätten.

Professor Hoetzsch über die politische Lage.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Leipzig, 10. Dez. Auf Einladung der Ortsgruppe Leipzig der Deutschnationalen Volkspartei sprach dort am Sonntag der Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Hoetzsch über die politische Lage. Er gab einen Ueberblick über das Verhalten der Deutschnationalen während der Vorgänge in der letzten Zeit und kam dabei zu dem gleichen Ergebnis, das der Parteivorsitzende Exzellenz Hergt in seiner Berliner Rede aufgestellt hatte. Vom Ausgange der englischen Wahlen erwartete der Redner keine merkliche Hilfe für Deutschland. Zur Frage des Beamtenabbaues erklärte Prof. Hoetzsch, daß die Beamten zu Opfern bereit wären, daß aber die von der Regierung aufgestellten Gehaltssätze bei den jetzt drei- bis vierfach höheren Preisen ein Ding der Unmöglichkeit seien. Die Deutschnationalen würden alles aufbieten, um hier eine Aenderung herbeizuführen. Die Deutschnationalen seien für eine reinliche Scheidung zwischen rechts und links und forderten einen Bürgerblock gegen Kommunismus und Sozialismus. Dieser staatsbürgerliche Block solle sich jedoch nicht gegen die Bürgerschaft richten. Ferner müsse das Parlament umgestaltet und ein Organ mit starker Exekutivgewalt geschaffen werden, damit wir wieder zu einem wirtschaftlich und politisch freien Deutschland kämen.

Dollar (Amtlich): 4200 Milliarden